

7.

# Sitzung

der Stadtvertretung

## Sitzungs-Tag

Dienstag, 28.06.2011

## Sitzungs-Ort

Ratssaal

Von 18.10 Uhr bis 18.15 Uhr fand eine Fragestunde statt

**Beginn:** 18.00 Uhr

**Ende:** 21.00 Uhr

**Bei Beginn der Sitzung fehlten:**

### Ersatz

**entschuldigt:**

**STR Dr. Angelika Lener  
STV Markus Beck  
STV Dr. Ernst Dejaco  
STV Franziskus Domig  
STV Mag. Thomas Spöttl  
STR Dr. Mathias Bitschnau  
STV Dr. Hamid Lechab**

**STVE Gerold Kornexl  
STVE Egon Schlattinger  
STVE Ingeborg Dunst  
STVE Alexander Barberi  
STVE Andreas Rietzler  
STVE Mag. Gregor Meier  
STVE Ing. Reinhard Kuntner**

**unentschuldigt:**

- - -

## Tagesordnung

1. Mitteilungen
2. Umbesetzung von Ausschüssen/Kommissionen und Entsendung von Vertretern in Organe juristischer Personen
3. Regio Im Walgau – Beitritt als außerordentliches Mitglied
4. Gemeindeverband Personennahverkehr Oberes Rheintal – Vereinbarung - Anpassung
5. Bezeichnung einer Verkehrsfläche gem. § 15 GG
6. Stadt Feldkirch – Rechnungsabschluss 2010; Bericht Prüfungsausschuss
7. Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KG – Rechnungsabschluss 2010
8. Stadtwerke Feldkirch – Rechnungsabschluss 2010 und Gewinnabfuhr an den Stadthaushalt
9. Energiemasterplan für Feldkirch – Beauftragung des e5-Teams zur Ausarbeitung
10. Grundsatzbeschluss zum Bau des Kraftwerkes am Illspitz
11. Altstoffsammelzentrum Neu – Grundsatzbeschluss
12. Rückhalteweiher Egelsee – Vergabe Baumeisterarbeiten
13. Mittagsverpflegung in Schulen und Kindergärten
14. Änderung des Flächenwidmungsplanes
15. Auflassung als Gemeindestraße – Verordnung gem. § 9 StrG
16. Grundstücksangelegenheit
17. Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung der Stadtvertretung vom 10.05.2011
18. Allfälliges

Bürgermeister Mag. Berchtold eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Bürgermeister Mag. Berchtold weist darauf hin, dass bei Tagesordnungspunkt 14 b eine Stellungnahme der Umweltbehörde ausständig sei. Ob dieser Tagesordnungspunkt trotzdem beraten und allenfalls ein Beschluss gefasst werden soll, werde noch zu diskutieren

sein. Das Ergebnis dieser Diskussion habe dann auch Auswirkung auf Tagesordnungspunkt 15.

STVE Rietzler stellt die Frage, ob der Tagesordnungspunkt 13 – Mittagsverpflegung in Schulen und Kindergärten, zu dem zwei Anträge vorliegen, nicht besser in zwei getrennten Tagesordnungspunkten abgehandelt werden sollte.

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, dass es eine übliche Vorgangsweise sei, Anträge, Zusatzanträge und Abänderungsanträge zu ein und derselben Angelegenheit unter einem Tagesordnungspunkt zu behandeln.

## 1. Mitteilungen

a) Bürgermeister Mag. Berchtold erinnert, dass die Stadtvertretung in ihrer Sitzung vom 10.05.2011 eine Resolution zum Thema Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen habe. Nun liegen Antworten der Schweizerischen Frau Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey vom 31.05.2011, des Bundeskanzleramtes - Ministerratsdienst, ebenfalls vom 31.05.2011 und vom 14.06.2011, sowie des Sekretariats des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments vom 07.06.2011 vor, die zur Kenntnis gebracht werden.

STV Allgäuer nimmt zur Antwort von Frau Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey Stellung und führt aus, dass diese Antwort alles andere als zufriedenstellend sei, da in der Schweiz davon ausgegangen werde, die 50-jährige Betriebsdauer der Atomkraftwerke aufrecht zu erhalten und zu nutzen. Dies würde bedeuten, dass das letzte Atomkraftwerk ca. 2034 vom Netz gehen würde. Die Schweiz habe ihre Atomkraftwerke in Stresstests von Technikern prüfen lassen, die in der Atomenergie keine risikoreiche Energie sahen und sehen und das ganze als beherrschbar beurteilen. Es sei sehr fraglich, ob es der Schweiz mit dem Atomausstieg wirklich ernst sei. Er bezweifle dies jedenfalls. Umso wichtiger sei es, die eigenen Hausaufgaben zu machen, die im Bereich Energieeffizienz, Einsparung von Energie und Ausbau erneuerbarer Energie liegen würden.

b) Bürgermeister Mag. Berchtold berichtet zur Veräußerung der Gesellschaftsanteile an der VEG Vorarlberger Erdgas GmbH an die VKW, dass in der Stadtvertretungssitzung vom 10.05.2011 von einem Kaufpreis von € 1.617.000,- ausgegangen worden sei. Über Intervention verschiedener Gemeinden sei die Berechnungsmethode von 2 auf 3 Dezimalstellen geändert worden, was eine Reduktion des Beteiligungsansatzes für Feldkirch von 2,31 % auf 2,308 % zur Folge gehabt habe. Der Kaufpreises habe sich dadurch für Feldkirch auf € 1.615.700,- reduziert.

2. Umbesetzung von Ausschüssen/Kommissionen und Entsendung von Vertretern in Organe juristischer Personen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- a) Umbesetzung von Ausschüssen**  
**Jugendausschuss:**  
**Gerhard Tschann wird (3.) Ersatzmitglied**  
**Gerald Hager wird (7.) Mitglied**  
**Kinder- und Schulausschuss:**  
**Gerald Hager wird (6.) Ersatzmitglied**  
**Gerhard Tschann wird (4.) Mitglied**

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- b) Als Vertreter der Stadt Feldkirch in die Vollversammlung der Agrargemeinschaft Hofen und Einlis Frastanz wird der Bürgermeister der Stadt Feldkirch entsendet.**

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag c) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- c) Frau Karin Himmer-Klien wird als Vertreterin der Stadt Feldkirch in den Vorstand des Vereins ABF – Arbeitsinitiative für den Bezirk Feldkirch entsandt.**

3. Regio Im Walgau – Beitritt als außerordentliches Mitglied

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadt Feldkirch tritt dem neu zu bildenden Verein „Regio Im Walgau“ als außerordentliches Mitglied ohne Stimmrecht gemäß § 3 lit b der vorliegenden Statuten bei und entsendet den Bürgermeister als Vertreter der Stadt Feldkirch in die Mitgliederversammlung.**

4. Gemeindeverband Personennahverkehr Oberes Rheintal – Vereinbarung - Anpassung

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtvertretung stimmt der vorliegenden Änderung der Vereinbarung über die Bildung des Gemeindeverbandes Personennahverkehr Oberes Rheintal zu. Diese Änderung soll bei der nächsten Verbandsversammlung des Gemeindeverbandes Personennahverkehr Oberes Rheintal zur Beschlussfassung vorgelegt werden.**

5. Bezeichnung einer Verkehrsfläche gem. § 15 GG

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Verordnung**

**der Stadtvertretung von Feldkirch vom 28.06.2011  
über die Bezeichnung von Verkehrsflächen**

**Aufgrund des § 15 Abs. 3 des Gemeindegesetzes, LGBl.Nr. 40/1985 idgF,  
wird verordnet:**

**§ 1**

**Für die Verkehrsfläche mit der GST-NR 5089/1 und 5091/1 KG Altstadt, die im anliegenden Übersichtsplan der Stadt Feldkirch, Bauamt, vom 10.05.2011, PL. Nr. 01, M 1:1000, rot gekennzeichnet und abgegrenzt ist, wird die Bezeichnung „Obere Kapfstraße“ festgesetzt.**

**§ 2**

**Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.**

6. Stadt Feldkirch – Rechnungsabschluss 2010; Bericht des Prüfungsausschusses

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Ing. Dingler erklärt, seine Fraktion habe den Voranschlag 2010 bereits abgelehnt und konsequenterweise könne dem Rechnungsabschluss nicht zugestimmt werden. Er be-

tone aber, dass man in keinster Weise die zahlenmäßige Richtigkeit des Abschlusses anzweifeln kann.

Die Stadtvertretung fasst mehrheitlich (gegen die Stimmen der FPÖ) folgenden Beschluss:

**Der Rechnungsabschluss der Stadt Feldkirch für das Jahr 2010 wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen und genehmigt.**

STV Cerha bringt den Bericht des Prüfungsausschusses zur Kenntnis und bedankt sich im Namen des Prüfungsausschusses bei allen AOBs der Stadt Feldkirch, insbesondere bei der Stadtkämmerei für die Hilfsbereitschaft und die Geduld, die sie zur Unterstützung der Prüfungsausschussmitglieder durch Erläuterungen und Bereitstellung von Unterlagen an den Tag gelegt hätten.

STVE Mag. Meier stellt fest, dass die vergangenen Jahre, insbesondere das letzte, finanziell eine starke Herausforderung für die Stadt gewesen sei. Insbesondere die vielen Anordnungsberechtigten seien mit den deutlichen Kürzungen sehr gut zurechtgekommen bzw. hätten diese sehr gut gemeistert. Er wolle vor allem die Zusammenarbeit der Stadtkämmerei mit dem Prüfungsausschuss loben und sich auch bei der Vorsitzenden bedanken, die ihre Tätigkeit stets gewissenhaft und pflichtgemäß erfülle. Leider gebe es auch ein bis zwei negative Dinge, die er anmerken möchte. Und zwar sei es dieses Jahr besonders aufgefallen, dass der ÖVP dieses Gremiums schon irgendwie ein bisschen überdrüssig zu sein scheine. Er selber habe es festgestellt bei der Kassaprüfung, die er mit einem Prüfungspartner machen hätte sollen. Das sei nicht möglich gewesen. Er habe über Wochen hinweg vergeblich versucht, telefonisch und per E-Mail einen Termin zu vereinbaren. Es habe eigentlich gar kein Interesse an Prüfungen bestanden. Er erlaube sich die Frage, warum man einem Prüfungsausschuss angehören möchte, wenn die Tätigkeit eigentlich nicht wirklich gewollt sei. Er wolle der ÖVP ans Herz legen, ob sie nicht eventuell über eine Umbesetzung nachdenken möchte. Wobei das nicht an alle Mitglieder des Prüfungsausschusses gerichtet sei. Es gebe auch ÖVP-Mandatare, die regelmäßig und pflichtgemäß mit viel Eifer ihrer Tätigkeit nachkommen würden. Zum Feldkirch aktuell wolle er feststellen, dass bei einem solchen Budgetposten Abweichungen nicht zwingend notwendig seien. Die Anzahl der Seiten seien planpar und müssten eben eingehalten werden.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Bericht des Prüfungsausschusses und die Stellungnahmen der Anordnungsberechtigten werden zur Kenntnis genommen.**

Bürgermeister Mag. Berchtold bedankt sich bei allen, die zur Erstellung des Rechnungsabschlusses ihren Beitrag geleistet haben, besonders beim zuständigen Referenten STR Wolfgang Matt, aber auch bei allen anderen politischen Vertretern, die während des Jahres im Zusammenhang mit den notwendigen Einsparungsmaßnahmen Verständnis und politische Zustimmung gezeigt haben, und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe III unter der Führung von Dr. Willi Bröll. Wie es bereits angeführt worden sei, sei insbesondere die Tätigkeit im Prüfungsausschuss und die Erarbeitung des Prüfberichts eine sehr aufwändige Ausschusstätigkeit. Er danke deshalb auch den Mitgliedern des Prü-

fungsausschusses unter Obfrau STV Cerha für die Wahrnehmung dieser Aufgaben.

7. Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KG – Rechnungsabschluss 2010

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Rechnungsabschluss 2010 der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KG mit einem Betriebsabgang von € 159.645,56 wird in der vorliegenden Form genehmigt.**

8. Stadtwerke Feldkirch – Rechnungsabschluss 2010, Gewinnabfuhr an den Stadthaushalt

STR Keckeis bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Geschäftsbericht der Stadtwerke Feldkirch für das Jahr 2010 (Strom, Elektrotechnik, Wasser, Stadtbus und Telekommunikation) wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen und genehmigt.**

**Die am Gewinn orientierte Abfuhr 2011 der Bereiche Strom und Telekommunikation wird in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen und genehmigt. Die Abfuhr für das Jahr 2011 beträgt EUR 109.009,25 und wird an den Stadthaushalt abgeführt.**

Bürgermeister Mag. Berchtold spricht dem zuständigen STR Dir. Rainer Keckeis ein herzliches Dankeschön für die ausgezeichnete Wahrnehmung der politischen Verantwortung für den Bereich der Stadtwerke aus und bedankt sich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, stellvertretend bei der anwesenden Geschäftsführung mit Dr. Manfred Trefalt und DI Hansjörg Mathis, sowie Betriebsratsobmann Heinz Ebner für die gute Wahrnehmung der Aufgaben dieser städtischen Einrichtung.

9. Energiemasterplan für Feldkirch – Beauftragung des e5-Teams zur Ausarbeitung

STR Keckeis bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Dr. Diem erinnert daran, dass die Anregung zum Energiemasterplan von den Grünen gekommen sei. In der Diskussion zum Energiemasterplan, aber auch zum Kraftwerksbau sei ihm wichtig zu betonen, dass nicht nur die Art der Energieerzeugung, sondern vor allem auch der richtige Umgang mit Energie entscheidend sei.

Feldkirch Blüht wünsche sich weiters, dass die Arbeit des e5-Teams auch mit anderen Gremien und Bereichen (z.B. Stadtentwicklungsplan) vernetzt werde. Bei der Ausarbeitung des Energiemasterplans solle die Einbindung der Betroffenen, der Öffentlichkeit und

der Mitbürger im Auge behalten werden. Ansonsten glaube er, dass man sich auf gutem Weg befinde.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtvertretung beauftragt das Feldkircher e5-Team mit der Ausarbeitung eines Energiemasterplans Feldkirch (EMP Feldkirch) nach dem Strukturmodell des „Masterplan Energie Zürich“. Das e5-Team in seiner vollständigen Besetzung steuert dabei den Prozess seiner Ausarbeitung und bringt diesen im Jahr 2011 auf Schiene. Zur vertieften konkreten Ausarbeitung wird eine aus e5-Teammitgliedern besetzte Arbeitsgruppe eingesetzt, in die fallweise bei Bedarf weitere interne und externe Experten einbezogen werden.**

10. Grundsatzbeschluss zum Bau des Kraftwerkes am Illspitz

STR Keckeis stellt seinen Ausführungen den Dank an DI Hansjörg Mathis und Dr. Manfred Trefalt voran. Mit ihrer Vorarbeit sei erst möglich geworden, dass ein Grundsatzbeschluss zum Kraftwerksbau gefasst werden könne. Dies stelle einen Meilenstein in der Energiepolitik Feldkirchs dar, indem der Eigenversorgungsanteil an nachhaltig erzeugtem Strom deutlich erhöht werde. DI Mathis und Dr. Trefalt hätten den Arbeitsauftrag, ein Kraftwerkprojekt in einem sensiblen Gebiet durch entsprechende ökologische Ausgleichsmaßnahmen möglich zu machen, hervorragend erfüllt. Mit dem Kraftwerksbau werde die ökologische Situation am Illspitz nicht nur nicht verschlechtert, sondern Dank Kompensationsmaßnahmen teilweise sogar verbessert.

STR Keckeis bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STVE Ing. Kuntner erinnert an die Stadtvertretungssitzung vom Oktober 2008, in der der Antrag auf Ersteinreichung einer Anlage am Illspitz aus Sicht der Grünen übereilt erfolgt sei und damals keine Zustimmung von Feldkirch Blüht erhalten habe. Diese Entscheidung sei jedoch kein prinzipielles Nein der Grünen in Bezug auf die Nutzung der Wasserkraft gewesen. Es sollten lediglich die ökologischen Grundlagen für die Errichtung eines Kraftwerkes gegeben sein.

Im Zuge des Grundsatzbeschlusses zum Bau wolle er erneut betonen, dass entscheidend für die Energiezukunft Feldkirchs nicht der Bau oder Nicht-Bau eines Kraftwerkes sei, sondern die Reduktion des immer noch um ca. 2% pro Jahr ansteigenden Stromverbrauchs. Mit dem beschlossenen Energiemasterplan sei es gelungen, die Energiediskussion auf breitere Basis zu stellen. Um den Energiemasterplan auf höchster strategischer Ebene zu verankern, sollte dieser in den STEP aufgenommen werden.

Das abgeschlossene Behördenverfahren habe dem Kraftwerk am Illspitz ökologische Verträglichkeit bescheinigt, wenn auch gewisse Bedenken der Naturschutzabteilung der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch und der Umweltschutzabteilung geblieben wären. Feldkirch Blüht begrüße die Beauftragung eines Landschaftsarchitekturbüros im Hinblick auf die Auswirkungen des Kraftwerksbaus auf das Landschaftsbild. Aufgrund vieler Kontakte mit den Projektverantwortlichen der Stadtwerke seien die Grünen überzeugt, dass das



Kraftwerk insgesamt ökologisch vertretbar sei und würden dem Bau ihre Zustimmung erteilen.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtvertretung stimmt dem Bau des KW Illspitz zu und autorisiert den Verwaltungsrat, die erforderlichen Maßnahmen, insbesondere die Vergabe der Generalplanungsleistungen, zu beschließen, damit ein Baubeginn für Krafthaus und Wehranlage im Herbst 2012 und damit eine Inbetriebnahme im Frühjahr/Sommer 2014 erfolgen kann. Diverse Vorbereitungsarbeiten (Baustellenerschließung, Dotationsleitung Matschels, Kleine Ill, ...) können bereits im Winter 2011/12 durchgeführt werden.**

**Die Errichtungskosten inklusive der bisherigen Aufwendungen betragen laut Kostenschätzung zwischen 28 (+/- 10%) Mio. und 31 (+/- 10%) Mio. (Preisbasis 2010).**

**Gemäß Satzungen werden Aufträge mit einer Vergabesumme größer als 1,955 Mio. (zB Bau, E&M, Stahlwasserbau, ...) durch die Stadtvertretung vergeben.**

Bürgermeister Mag. Berchtold spricht STR Keckeis seinen Dank für die politische Verantwortung in der Vorbereitung des Beschlusses aus. Er dankt weiters den Mitgliedern der Stadtvertretung sowie des Verwaltungsrates der Stadtwerke Feldkirch und des Lenkungsausschusses, die zu diesem Projekt sehr wertvolle, vor allem aber auch in der Abwicklung äußerst konzentrierte und gut abgestimmte Vorarbeiten geleistet hätten. Schlussendlich richte sich sein Dank an die Geschäftsführung der Stadtwerke, Dr. Manfred Trefalt und den Verantwortlichen für dieses Projekt, DI Hansjörg Mathis. Bürgermeister Berchtold beglückwünscht alle, die mit diesem Beschluss zum Kraftwerksbau Verantwortung für die Energiezukunft in Feldkirch mittragen würden.

11. Altstoffsammelzentrum Neu - Grundsatzbeschluss

STR Thalhammer bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtvertretung fasst auf Grundlage der Vorentwurfsplanung Variante 02.5 des Architekturbüros marte.marte vom 20.5.2011, und der Errichtungskosten in der Höhe von netto € 2.795.000 (+/- 20%, Preisbasis 06/2011) den Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Altstoffsammelzentrums am bestehenden Standort, Kapfstraße 109). Die weitere Planung ist voranzutreiben und die STV ist mit den definitiven Kosten und dem Baubeschluss nochmals gesondert zu befassen.**

Bürgermeister Mag. Berchtold dankt und gratuliert STR Marlene Thalhammer sowie den Mirarbeitern des Bauhofes, insbesondere Abteilungsleiter Reinold Lins zu den Vorarbeiten zum Grundsatzbeschluss für ein modernes und zukunftsfähiges Altstoffsammelzentrum.

12. Rückhalteweiher Egelsee – Vergabe Baumeisterarbeiten

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Baumeisterarbeiten des österreichischen Anteiles für den Rückhalteweiher „Egelsee“ werden entsprechend dem Angebot vom 23.08.2010 an die Firma Nägelebau GmbH, 6832 Röthis, zu einem Angebotspreis von brutto € 804.229,78 vergeben. Die Anpassung der angebotenen Einheitspreise wird gemäß Ausschreibung nach dem Baukostenindex für Siedlungswasserbau vorgenommen.**

Bürgermeister Mag. Berchtold dankt dem abwesenden STR Dr. Mathias Bitschnau sowie der zuständigen Tiefbauabteilung für die Vorarbeiten zum Projekt.

13. Mittagsverpflegung in Schulen und Kindergärten

Vizebürgermeisterin Burtscher bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Thalhammer bringt den vorliegenden Änderungsantrag zur Kenntnis.

STR Dr. Rederer erklärt, dass von der Spontanlogik her gesehen natürlich immer das in der Region gekaufte, frisch zubereitete und sofort servierte Essen das vermeintlich allerbeste sei. In der Arbeitsgruppe sei aber auch festgestellt worden, dass es in Feldkirch mit 18 Standorten, viele, viele kleine Standorte gebe, wo es sich in wirtschaftlicher Hinsicht

nicht rentieren würde, jeweils eine eigene Küche zu haben. Es gebe noch eine weitere Besonderheit, warum Feldkirch nicht so ohne weiteres mit Alberschwende oder mit anderen Orten verglichen werden könne, nämlich das Schulzentrum Oberau, allein von der Größenordnung her. Wenn sich dieses Schulzentrum dahin entwickelt haben werde, dass dort ein Ganztagsbetrieb im Kindergarten, in der Volksschule und auch in der Hauptschule angeboten werde, dann seien das von den Zahlen her 770 Kinder. Wenn bei der Ganztagsform dann auch die Pädagogen und Pädagoginnen dort essen würden, dann würden noch einmal 70 Personen dazu kommen. Und da wäre man dann bei einer Größenordnung von 840 Personen. Er habe sich bei einem Mitarbeiter im Landeskrankenhaus, der sehr lange in der Arbeitsgruppe Zentralküche mit dabei gewesen sei, erkundigt und habe ihm diese Zahl 840 vorgetragen. Dieser habe die Zahl 840 Mittagessen mit dem Landeskrankenhaus Rankweil verglichen. Wer immer die Größe des Landeskrankenhauses Rankweil kenne, wisse, dass das ein recht veritabler großer Betrieb sei. Für Feldkirch würde das bedeuten, eine weitere Zentralküche, vergleichbar mit der Größenordnung Landeskrankenhaus Rankweil zu haben. Er habe sich auch nach dem erforderlichen Personal erkundigt. Es sei ihm gesagt worden, dass auch bei nur 1 Mittagmenü mit vier Köchen und mit ungefähr sechs Hilfspersonen zu rechnen sei. Dabei sei noch nicht berücksichtigt, dass unter Umständen Kinder dabei seien, die eine Diät haben müssen oder die aus religiösen Vorschriften heraus dieses eine Mittagmenü nicht konsumieren dürfen. Das heiße, es würde bei dieser Zahl von den vier Köchen nicht bleiben. Zudem habe er auch gefragt, ob das überhaupt gehe, über 800 Leuten schnell das Essen zu servieren, damit die Vorteile des frisch Kochens genutzt werden können. Die Antwort sei eindeutig gewesen: Das sei unmöglich. Die Größenordnung liege bei ungefähr 300 bis 350 Essen. Bis dahin könne man cook and serve mit all den Vorteilen bieten, nämlich frisch kochen und schnell servieren. Darüber hinaus müssten Gerichte wieder, so wie es das Landeskrankenhaus Feldkirch Jahrzehnte lang gemacht habe, stundenlang warm gehalten werden, mit dem Erfolg, dass der Vitamingehalt, der Nährstoffgehalt nicht mehr gegeben sei. Das heiße im Klartext: die Größenordnung sei hier ganz einfach zu groß. Es sei daher eine gute Kompromisslösung mit der cook and chill Variante zu suchen. Viele große Betriebe, auch das Landeskrankenhaus und andere Häuser hätten sich in diese Richtung entschieden.

STV Dr. Baschny findet es unterstützenswert, dass für die Oberau eine Frischküche beantragt werde, zeigt sich aber darüber irritiert, dass für die anderen 17 Standorte das Ziel des frischen Kochens offenbar aufgegeben worden sei. Zudem wisse sie nun nicht, wie der Abstimmungsvorgang aussehen müsse, damit sie den Antrag von Feldkirch Blüht unterstützen könne.

STV Scharf gibt den Argumenten von STR Dr. Rederer Recht. Allerdings seien die ganztägig geführten Schulformen noch nicht gesetzlich verankert. Sie würden aber sehr wahrscheinlich kommen und es würden dann auch gesetzliche Begleitmaßnahmen vorgegeben werden. Das habe dann auch für die Stadt als Erhalter von den Schulen Auswirkungen. Es sei zu befürchten, dass Feldkirch hier früher oder später eine fix fertig renovierte Schule habe, nach allen möglichen Kriterien richtig und gewissenhaft gebaut, nur ein Bereich, nämlich die Infrastruktur für die ganztägige Schulform würde fehlen. Man wäre dann unter Umständen gezwungen, wie bei den Kindergärten nachzurüsten. Dann würde es wieder Umbauarbeiten geben müssen. Die würden der Stadt ganz sicher teuer zu stehen

kommen. Sie glaube, dass man so viel Weitblick haben könnte und sollte, um das auch mit zu berücksichtigen. Sie sei nicht der Meinung, dass sich die Stadt das nicht leisten könne. Selbstverständlich sei es nicht möglich, an der Oberau für alle Schulen in ganz Feldkirch frisch zu kochen. Aber für die Oberau selbst sollte dies in einem Probelauf versucht und ein Konzept entwickelt werden. Die Neue Mittelschule Oberau sollte hierfür den Startschuss geben. Bei den Beispielen Illspitz-Kraftwerk und Altstoffsammelzentrum habe man gesehen, was alles möglich sei. Bei der Mittagsverpflegung in Schulen und Kindergärten liege es ihrer Meinung nach vielmehr am Wollen, als am Können. In der Oberau seien die Ressourcen, vor allem der erforderliche Raum vorhanden. Die Architekten bräuchten natürlich einen Auftrag, für frisch zubereitete Speisen zu planen. Die Planung sei ja noch nicht abgeschlossen. Es seien jetzt die Volksschule und der Kindergarten fertig und an der neuen Mittelschule könne das noch vorgesehen werden. Es seien auch landwirtschaftliche Betriebe, die nach ökologischen Richtlinien arbeiten, vor Ort. In Gisingen gleich zwei, der Milchhof vis a vis. Das heiÙe, dass es Möglichkeiten gebe, über Verträge die Zulieferung der Frischprodukte irgendwie sinnvoll zu gewährleisten. Man könne sich Beratung beim Stadtmarketing holen, die da sehr gut bewandert seien und die Stadt habe auch eine ausgezeichnete Finanzabteilung, die, wenn sie den Auftrag bekomme, eine kreative Lösung finden könne, um die Finanzierung längerfristig zu garantieren. Feldkirch blüht Die Grünen seien der Überzeugung, dass diese Varianten, die jetzt anstehen, eine Notlösung seien und bleiben, und sie wollen nicht, dass diese Notlösungen dann in einen Dauerzustand überwechseln mit der Begründung: „Wir können das nicht“. Sie sei felsenfest davon überzeugt, dass Feldkirch das könne, wenn es wolle. Die Kinder von Feldkirch hätten sich das auch verdient.

STV Allgäuer nimmt Bezug auf die Wortmeldung von Frau STR Thalhammer, sie wisse nicht mehr, was sie essen soll, im Hinblick auf Nahrungsmittelkrisen usw. Für ihn sei dies jedoch klar, Nähe und Regionalität sei gefragt. Nicht Bio, sondern Nähe und Frische sei Punkt 1. Punkt 2 – sie habe etwas getan, was man nicht sollte, sie habe nämlich nicht differenziert zwischen Tiefkühlkost und cook and chill. Er sei zwar nicht der Ernährungsexperte, aber das sei nach seinem Wissen und seinem Dafürhalten ein sehr großer Unterschied, weil auch mit cook and chill Nähe, regionale Nähe und Frische angeboten werden könne. Das Ganze werde ja auch, wie bekannt, im Spital angeboten. Dort seien es Patientinnen und Patienten, die gesund ernährt werden wollen. Er sei schon der Meinung, dass dies qualitativ auch sehr hochwertig erfolge. Er sei ganz dezidiert gegen Tiefkühlkost, vor allem auch deshalb, weil damit natürlich auch Nahrungsmittel von weit her transportiert würden. Die öffentliche Hand, die Stadt sei natürlich angehalten, hier ein Vorbild zu sein, bei der Regionalität und Nähe und Frische - genau das, was der Konsument wolle.

Für seine Fraktion sei klar, die Stoßrichtung müsse lauten: Nähe und Frische, es müsse die Regionalität dementsprechend berücksichtigt werden. Ob das mit frischer Zubereitung zu tun habe - und da zeige sich, da komme man an die Grenzen des Machbaren, nicht nur finanziell auch überhaupt, das zu bewerkstelligen - oder mit cook and chill passiere, sei eher sekundär und zweitrangig. In erster Linie bitte er zu berücksichtigen, dass aus der Region Lebensmittel verwendet werden.

STVE Rietzler erklärt, selber in der Arbeitsgruppe zur Mittagsverpflegung gewesen zu sein und er müsse jetzt zwei Punkte anmerken, die er am Anfang schon gesagt habe. Es seien ja eigentlich zwei Anträge in seinen Augen. Es sei zum einen der Antrag, in dem es darum gehe, ob in Feldkirch cook and chill gemacht werde. Das sei auch durch die Ausschüsse so besprochen worden, einstimmig. Das zweite sei auch ein Punkt, der in den Gremien besprochen worden sei: die Zentralküche als solche, auf die es schlussendlich hinauslaufen sollte, wenn die Ganztagesbetreuung kommen würde. Da müsse man dazu sagen, das sei eigentlich auf die Fehlplanung vom LKH zurückzuführen. Hätte man das schon damals berücksichtigen können - vielleicht sei das ein bisschen weit hergeholt. Wenn in Feldkirch schlussendlich eine Küche gewünscht werde, in der man alle Standorte bedienen könne - deren 18 mit allein 840 Personen in der Oberau - wäre dies natürlich nur möglich, indem auch cook and chill über eine Zentralküche abgewickelt würde, wie es STR Rederer schon gesagt habe. Dies würde natürlich Kosten verursachen. Die Frage sei: Sollte man diesen Punkt aufgreifen, weitere Maßnahmen definieren und in einen Ausschuss verweisen?

Für ihn seien das zwei Punkte zum Abstimmen. Und eine Zentralküche als solche, wo natürlich die Essen gekocht werden könnten, die für alle Schulen erforderlich wären, wäre auch wieder nur mit cook and chill möglich. Und das sei ja wieder Punkt 1, der erste Punkt, wo man schlussendlich in den Ausschüssen einstimmig schon dafür gewesen sei. Um cook and chill in den Schulen und den Kindergärten anbieten zu können, sei auch die notwendige Infrastruktur erforderlich.

STR Thalhammer stellt fest, der Antrag der Schulstadträtin beinhalte ja, an 2 oder 3 Standorten das Essen für die Dauer eines Schuljahres von der Firma Vivanti zu testen, und das als Testphase. Und deshalb finde sie auch, dass man diesem Teil zustimmen könne, dieser Testphase für ein Jahr, und deshalb habe auch das Arbeitsgruppenmitglied der Grünen zugestimmt. Gleichzeitig könne man aber, wenn man jetzt die Details ihres Antrags berücksichtige, natürlich in verschiedenen Ausschüssen auch diese Frischhaltevariante bearbeiten. Man könne Synergien, die evtl. möglich seien, mit jetzigen Standorten überlegen. Man könne Personalkosten ausrechnen. Man könne die Entwicklungen berücksichtigen. Sie glaube nicht, dass diese Ganztagsformen für Kinder mit 3 Jahren bis zum Ende der Vorarlberger Mittelschule so schnell kommen werden. Es werde zuerst die Vorarlberger Mittelschule das einführen, dort aber, wie es bisher üblich gewesen sei, nicht am Freitag. Dann seien dies vier Schultage für die jetzigen Hauptschulkinder. Vielleicht komme es dann für die Volksschulkinder auch und vielleicht dann auch für die Kindergartenkinder verpflichtend. Also da werde noch viel Wasser die Ill hinunterfließen, bis wirklich diese 900 Essen pro Tag, von denen STR Dr. Rederer gesprochen habe, zur Debatte stünden. Jetzt gehe es darum, dass nicht nur diese eine cook and chill Variante als Lösung für nächstes Jahr vorgesehen werde, sondern dass die Frischhaltevariante in der Diskussion und in den weiteren Überlegungen in den Köpfen behalten bleiben soll. Natürlich sei Tiefkühlkost, cook and chill, die schnellste, die von der Logistik her am leichtesten durchführbare und von den Kosten her natürlich die billigste Variante. Aber es sei ihrer Meinung nach ein ganz schlechtes Bild, das hier den Jugendlichen mitgegeben werde.

Vizebürgermeisterin Burtscher stellt zu den einzelnen Wortmeldungen fest, dass sie auch der Meinung sei, dass Kindern vermittelt werden sollte, dass das Essen nicht irgendwo wie der Strom aus der Steckdose oder aus irgendeinem Kasten komme, sondern dass Es-

sen frisch gekocht werde. Aber sie glaube, diese Vermittlung obliege schon auch den Familien. Und das könne nicht die Aufgabe der Öffentlichen Hand sein, genau das zu vermitteln. Die Kriterien und die Gewichtung seien von Anfang an gewesen: Gesunde Ernährung, Regionalität, wie STV Allgäuer betont habe, und Funktionalität - es müsse ja auch alles funktionieren. Auch Frau Schäfer habe dies mitgetragen. Sie habe allem zugestimmt, auch dieser Wertung und dieser Gewichtung. Jetzt zu dem Argument, man wisse inzwischen eh nicht mehr, was gesünder sei zu essen: Genau deshalb sei in der Arbeitsgruppe auch eine Ernährungsberaterin gewesen, die ganz klar erklärt habe, dass von den Systemen her Tiefkühlkost und cook and chill vom ernährungsphysiologischen Standpunkt das Gesündeste sei, natürlich mit frischen Waren. Das frisch Gekochte sei dann besser, wenn es sofort auf den Tisch komme. Und das sei zuhause möglich, vielleicht in kleinen Gruppen, aber in öffentlichen Einrichtungen sei das nicht möglich. Das heiße, so wie STR Roderer erklärt habe: Sobald man größere Mengen mache, wenn man das genauso gesund auf den Tisch, auf den Teller der Kinder bringen wolle, dann müsse man es chillen. Dann müsse man auch dieses frisch gekochte Essen in jedem Kindergarten, in jeder Schule, wenn man das wolle, chillen. Und dann sei man wieder bei cook and chill. Und jetzt frage sie, wie man diese, vor allem die logistischen Fragen in der Stadt Feldkirch mit 18 Standorten, über 1.000 Essen, da ist noch gar keine Ganztagschule dabei, wie man das bewerkstelligen solle. Das funktioniere nicht. Dann hätte man wieder Transporte und sehr viel zusätzliche CO2-Ausstoße, was man ja auch nicht wolle. Wenn man in der Oberau eine zweite Zentralküche in Feldkirch bauen würde, wäre das ja wirklich ein Schildbürgerstreich. Sie könne persönlich diesem Antrag nicht zustimmen, weil es nicht heiße, man solle dies diskutieren und prüfen und sich anschauen, wie die Entwicklung weitergehe. Der Antrag beginne mit dem Satz „Die Stadt Feldkirch wird nach der Fertigstellung des gesamten Schulzentrums Oberau – und das ist im September 2012, das ist in einem Jahr – eine Mittagsküche anbieten und finanzieren, die zumindest den Kindern dort ein täglich frisch zubereitetes Mittagessen mit Produkten aus der Region bietet“. Grundlage seien die derzeitigen Zahlen. Sie nehme an, dass es in einem Jahr nicht viel anders sein werde. Von der Vorarlberger Mittelschule Oberau, seien im Mai 150 Essen abgerechnet worden. Das seien im Schnitt sieben Essen pro Tag. Und dafür eine Küche einrichten in einem Jahr - also das sei ihr einfach nicht erklärlich und der Satz in dem Antrag sei deutlich: das müsse bis 2012 eingerichtet und finanziert werden. Also da könne sie leider nicht mit. Der Platz sei vorhanden. Wenn dann einmal die Ganztagschule soweit sei, dass dort 800 Kinder essen, dann habe man dort den vorhandenen Platz, dann könne man diskutieren. Dann werde man prüfen und diskutieren wie es weitergehe. Aber jetzt diesen Antrag zu beschließen, mit dieser Menge an Essen, und ausgerichtet auf eine Großküche, das würde der Rechnungshof, wenn er es prüfen würde, der Stadt um die Ohren werfen.

STVE Ing. Kuntner wendet ein, dass es, wie er der Diskussion entnommen habe, im Moment ja offenbar keinen qualifizierten Lieferanten für cook and chill gebe, dass dieser eine sich die Qualifikation erst erwerben müsse im Laufe dieses ersten Testjahres. Er habe kein Verständnis dafür, die Kinder zu Versuchskaninchen zu machen und ihnen Essen vorzusetzen, bei dem offensichtlich die Qualitätskriterien nicht nachgewiesen sind. So schaue es doch aus.

STV Dr. Baschny erklärt, sie könne sich beim besten Willen nicht vorstellen, dass es nicht machbar sein soll, im fünftreichsten Land der Welt frisch zu kochen und das auch schnell

zu servieren. Es sei natürlich so, dass man Räumlichkeiten und vermutlich auch mehr Personal brauche. Und es spitze sich die Frage zu, was einem das wert sei. Wolle man bei der Verteilung des verfügbaren Geldes einen Schwerpunkt darauf setzen, oder eben auf irgendwelche anderen Dinge. Und sie meine, dass auf jeden Fall die Gesundheit Heranwachsender, Kinder und Jugendlicher bevorzugt behandelt werden sollte und alles daran gesetzt werden sollte, das auch durchzuführen, was durchführbar sei.

STV Dr. Diem stellt klar, dass der Antrag von Feldkirch blüht ja eigentlich nicht in die Richtung gehe, dass am Schulzentrum Oberau eine neue Großküche gebaut werden soll, eine Zentralküche, die plötzlich für alle etwas kochen soll. Ihr Antrag gehe dahin, dass jetzt, wo ein neues Gebäude errichtet werde, wo man noch ein Raumkonzept weiter ausnützen könnte, dass da auch die Schiene frisch kochen mit angeboten werden könnte. STR Rederer habe ja gerade selber gesagt, schätzungsweise 350 Essen seien mit cook and serve möglich. Selbst wenn es nachher 800 seien, heiße das ja nicht, dass alle 800 frisch gekocht werden müssten. Dann könne man auch Mischformen bilden, wenn man sage, eine Schiene sei cook and chill und es gebe eben auch einige Essen, die frisch angeboten werden. Das könne man durchmischen. Er glaube, das sei Kreativität. Hier könne man das frisch Kochen auch mit berücksichtigen. Und gerade jetzt sei noch die Gelegenheit, solange die Schule noch nicht fertig ausgebaut sei, dass man die Infrastruktur vorsehe. Wenn man jetzt noch nicht die 800 brauche, könne man zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich die ganze Schule mit frischem Essen versorgen. Er glaube, das sollte man sich einmal überlegen. Dass der Antrag auf die Oberau abgestimmt sei, sei deswegen, weil diese Schule jetzt im Entstehen sei. Das heiße nicht, dass in den nächsten 20 bis 30 Jahren man auch alle anderen Schulen einbeziehen müsse. Da gebe es vielleicht auch eine andere Entwicklung, gebe es vielleicht auch eine Schule, wo man auch wieder umstrukturiere und wo man solche Gelegenheiten schaffen könnte. Das solle einfach ein Startpunkt sein, das soll man mit in das Programm aufnehmen und sinnvolle Kombinationen werde man immer wieder überlegen können. Wenn es nicht nur ein Menü sei, dann sei eben das eine Menü frisch. Es gebe andere Menüs, wenn es wirklich 800 Kinder seien. Menü 1, Menü 2, Menü 3 - es werde auch nicht immer jeder das gleiche Menü wollen, aber zumindest einen Anteil frische Kost an der Schule. In einem Gebäude, das jetzt gerade erstellt werde, sei die Infrastruktur leicht einzubauen. Das sollte man sich nicht durch die Lappen gehen lassen, da sollte man jetzt noch Hand anlegen und nicht nachher, wenn die Tendenz in die andere Richtung gehe, sagen: „Hätten wir doch damals.“

STV Vaschauner möchte das nicht so im Raum stehen lassen, dass man die Kinder zu Versuchskaninchen mache. Es gebe rechtliche Bestimmungen, Verordnungen, ein Gemeinschaftspflegegesetz. Es stehe fest, was so eine Firma zu erfüllen habe. Vom Produkthaftungsgesetz, über Lebensmittelhygienegesetz, bis zu Produktverordnung, Kennzeichnungspflicht etc. Man rede ja über zwei Systeme, die schlussendlich beide gut seien. Wobei das eine vielleicht ein bisschen andere Vorteile habe als das andere. Man habe ein Problem in Österreich und er gebe STR Thalhammer Recht, dass man keine gemeinsame Empfehlung oder Verordnung habe. Man habe es nicht einmal dort, wo die Schulkompetenzen auseinandergehen würden, nämlich zwischen den Bundesschulen und zwischen denen, wo das Land bzw. die Gemeinden zuständig seien. Und er könne auch nicht verstehen, dass in Österreich jemand, der ins Gymnasium gehe zB schlechter gepflegt werde als jemand, der in die Volksschule gehe. Das nur nebenbei.

Es gebe Empfehlungen und Verordnungen, die diese verschiedenen Verpflegungsmethoden auch in Schulen gegenüberstellen würden, wo die Vorteile und die Nachteile liegen. In seinen Augen sollte es Frischküche, die sich jeder wünscht und vorstellt, auf jeden Fall am Hausherd und daheim geben. Da würden die Frauen wahrscheinlich besser referieren können als er. Dies sei aber mit hohem Aufwand für Einkauf, Lagerhaltung und schlussendlich auch für den Abfall verbunden. Da sei das cook and chill also wesentlich besser. Und cook and chill bedeute ja nicht, dass es abgekühlt werde - oder nicht nur - sondern beinhalte, und das würden die deutschen Richtlinien aussagen, auch Frischkost, die beigefügt werden könne. Das müsse man ausverhandeln und er denke, das höre man auch in der Stadt, dass selbstverständlich zu einem Mittagessen frisches Obst dazugehöre. Etwas, von dem man noch gar nicht geredet habe und das in den Schulen wahrscheinlich viel schädlicher sei, sei die gezuckerte Limonade. Trinken gehöre zum Essen dazu, für ihn jedenfalls. Auch über das müsse man nachdenken können. Es seien sehr viele Facetten. Es sei ursprünglich als Betriebsrat des LKH ein Gegner von cook and chill gewesen. Aber seine Skepsis habe sich dadurch gelegt, dass er die Chance bekommen habe, in Betriebe hineinzuschauen, in denen so gekocht werde. Große Betriebe und er sei überrascht gewesen, dass sogar große Betriebe von Wien nach Vorarlberg liefern, nämlich in die Gastronomie und in eine gut bekannte Gastronomie. Aber er habe keine einzige Dose gefunden in solchen Herstellungsküchen, weil sie wirklich mit spezifischen Materialien arbeiten würden. Und Kollege Allgäuer habe es vorher gesagt: man habe im Spital viele Jahre versucht, regionale Produkte aus Vorarlberg zu nehmen. Die Landwirte in Vorarlberg seien zumindest dazumal nicht in der Lage gewesen, kontinuierlich Vorarlberger Fleisch für die Küchen der Landeskrankenhäuser zu liefern. Aber nichts desto trotz habe man die Chance bei cook and chill all diese Forderungen für Frische mit einzubringen. So viel Unterschied sei zwischen Frischküche und cook and chill auch wieder nicht, jedenfalls auf ernährungswissenschaftlicher Ebene.

Für STV Scharf zeige die rege Teilnahme an der Diskussion, wie interessant und wichtig das Thema sei. Es bestehe die Gefahr, dass man sich jetzt verzettle, dass man einfach nicht bei den Anträgen bleibe, die jetzt einmal vorläufig gelten sollten. Wie alle Anträge, wie alle Beschlüsse, die gefasst würden, hier und überall sonst auch, sei es immer wieder möglich, nachzurüsten, Abänderungen vorzunehmen, und neue Entscheidungen zu treffen. Auch in diesem Bereich werde dies der Fall sein. Was ihre Fraktion wolle, sei das grundsätzliche Bekenntnis zu frischen Produkten aus der Region, frisch zubereitet, vor Ort gekocht. Man solle versuchen, dieses Qualitätsziel, das sich die Arbeitsgruppe selber gegeben habe, zumindest an diesem einen Standort in Feldkirch zu installieren. Die Ressourcen seien da und machbar sei es ganz bestimmt. Dass es nicht einfach sei und dass es großen Kraftaufwand bedürfe, sei unbestritten. Das sei natürlich eine große Herausforderung und sie glaube, man könne diese Herausforderung annehmen und den Mut haben, das jetzt einmal zu wagen, bis dann schlussendlich der Weisheit letzter Schluss am Tisch liege. Die Diskussionen würden weitergehen. Eine fertige Lösung gebe es nicht, aber für dieses Projekt Schulzentrum Oberau solle man diese Möglichkeit einfach nützen, dass da vor Ort frisch gekocht werde.

Bürgermeister Mag. Berchtold glaubt nicht, dass es zulässig sei, die Wichtigkeit eines Themas an der Anzahl der Wortmeldungen zu messen. Weil dann wäre ein ausgezeichnete Rechnungsabschluss der Stadt Feldkirch, der ja ohne eine einzige Wortmeldung



heute verabschiedet worden sei, ein völlig unwichtiges Thema. Vielleicht liege es daran, dass man sich beim Essen eben besser auskenne, weil „futtern“ schließlich jedermanns Sache sei. Beim Rechnungsabschluss wünsche er sich oft, dass man sich intensiver damit befasse.

Vizebürgermeisterin Burtscher erwidert STV Scharf, dass sie das, was sie gesagt habe noch korrigieren müsse. Die Arbeitsgruppe habe nicht frisch gekocht an erste Stelle gestellt. Sie habe es am Anfang sogar ausgeschieden. Man habe die Kriterien folgendermaßen festgelegt, sie wiederhole sich: 1. Gesunde Ernährung, 2. Regionale Wertschöpfung, 3. Handling, 4. Transport, also möglichst wenige Wege, umweltschonend und als 5. der Preis. Frau Mag. Stöckler als Ernährungsberaterin, die anwesend gewesen sei, habe gesagt, Tiefkühlkost, cook and chill und frisch Kochen und sofort auf den Teller servieren - bei frischen Produkten und gesunder Zubereitung - da seien alle drei gleich gut. Man solle da jetzt keinen Unterschied machen. Vor allem die Arbeitsgruppe habe aus guten Gründen, weil eben dieses frisch Kochen und sofort auf den Teller einfach logistisch nicht machbar sei in den Einrichtungen, diese Variante ausgeschieden. Zur Feststellung, Kinder zu Versuchskaninchen zu mißbrauchen, könne auf Frau Mag. Stöckler verwiesen werden. Diese sei bei der Besichtigung, die nicht angemeldet gewesen war, auch dabei gewesen. Sie habe gesagt, alles sei von den Produkten und von der Sauberkeit her einwandfrei. Und nicht umsonst habe genau Mag. Stöckler gerade diese ernährungsphysiologischen Kriterien jetzt im ganzen Land seit den letzten Jahren begleitet und nicht ein System empfohlen. Sie empfehle keine Systeme, das betone sie auch. Sie sage, wichtig sei, dass es gesund zubereitet werde, dass es gesunde Zusammenstellungen der Speisen seien. Es sei wichtig, dass frische Produkte verwendet werden beim Kochen. Aber das System sei nicht so wichtig. Egal welches System, die Frischprodukte, die natürlich täglich serviert würden, wie Salat oder Gemüse oder Obst - das mache man wir ja jetzt schon neben der Tiefkühlkost in allen städtischen Einrichtungen - genau das sei ja auch ein Zeichen oder ein Ritual, dass man die Speisen vor Ort zubereite, dass man die Tischkultur auch vor Ort pflege. Und alle diese Dinge hätten die Ernährungsexperten der Stadt Feldkirch, und die hätten sich schon länger damit beschäftigt, attestiert. Wie die Kinder wieder lernen, mit Essen umzugehen, sei nicht nur aus gesundheitlicher Sicht, sondern auch aus pädagogischer Sicht viel viel wichtiger als die Systeme. Frau Stöckler empfehle kein System, auch das frisch Kochen nicht.

STV MMag. König erklärt, ihm sei gerade durch den Kopf gegangen, dass es interessanterweise die Grünen gewesen seien, die im Wirtschaftsausschuss das Abwandern des Mc Donalds in Feldkirch besonders bemängelt hätten. Und wenn er sich das jetzt im Zusammenhang mit gesunder Ernährung ansehe, müsse er feststellen, dass bei Mc Donalds zwar frisch gekocht werde, das aber qualitätsmäßig sicher nicht optimal sei.

STR Thalhammer berichtet, dass sie bezüglich Mc Donalds nach dem Stand gefragt habe und dass ihre Schüler das Abwandern stark bemängelt hätten. Sie habe auch die Frau Stöckler angerufen und zwar als erste, nachdem ihnen aus der Arbeitsgruppe berichtet worden sei. Zu ihr habe sie gesagt, ihr wäre frisch Kochen auch am liebsten.

Vizebürgermeisterin Burtscher ergänzt: Wenn es sofort auf den Teller komme.

STR Thalhammer stellt fest, dass man den Ausschussmitgliedern, die im Übrigen nach der Wahl fast zur Gänze neue Personen gewesen seien, von vornherein erklärt habe, an der Oberau gehe nichts anderes. Hildegard habe mehrmals nachgefragt, sei dann aber ziemlich zurückgewiesen worden, dass das nicht denkbar sei. Als Begründung seien EU-Richtlinien, Hygiene und alles Mögliche genannt worden. Und dann seien nur noch diese Varianten übrig geblieben. Aber eben weil man vorher Dinge ausgeschlossen habe.

STR Dr. Schöbi-Fink weist auf den Antrag, so wie er formuliert sei, hin: „2012 soll die Stadt das finanzieren und gewährleisten.“ In dieser Diskussion rede man von drei verschiedenen Größenordnungen, nämlich von sieben Essen pro Tag, evtl. 350 und dann 800. Und dafür solle die Stadt eine Infrastruktur bewerkstelligen? Sie wisse jetzt nicht, worüber da jetzt geredet werde. Man gebe einem nicht einmal ein oder zwei Jahre Zeit, anzuschauen, wie sich der Bedarf entwickle. Und wie sie gehört habe, sei genügend Platz da in der Oberau, dass das nachträglich installiert werden könnte. Also warum müsse sie jetzt darüber abstimmen? STR Thalhammer wirft sie vor, sie rede von einer Frischhaltevariante, meine aber eine Warmhaltevariante.

Für STVE Rietzler sei es recht schwierig, jetzt über etwas abzustimmen. Jetzt habe man einen Ist-Stand und jetzt gebe es noch die Varianten für die Zukunft. Es stehe sowieso schon drinnen im Punkt 1, dass man schlussendlich in der Arbeitsgruppe zusammensitze und das ganze nochmals evaluiere, welche Maßnahmen stattgefunden hätten, was gut gelaufen sei, was weniger gut gelaufen sei, wie sich die Firma Vivanti entwickelt habe, ob sie die Normen erfülle etc. Der Punkt 2 sei schlussendlich die Geschichte in der Oberau. Das müsse man separat abstimmen, oder zur weiteren Behandlung in den Ausschuss verweisen. Sonst gehe die Diskussion noch ewig.

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt die vorliegenden Anträge zur Abstimmung:

Der Antrag von Die Grünen Feldkirch blüht, „die Stadt Feldkirch wird nach der Fertigstellung des gesamten Schulzentrums Oberau eine Mittagsküche anbieten und finanzieren, die zumindest den Kindern dort ein täglich frisch zubereitetes Mittagessen mit Produkten aus der Region bietet,“ erhält mit den Stimmen von Die Grünen Feldkirch blüht und STV Dr. Baschny keine Mehrheit.

Der Antrag aus der Arbeitsgruppe wird gegen die Stimmen von Die Grünen Feldkirch blüht und STV Dr. Baschny wie folgt angenommen:

**Die Arbeitsgruppe „Mittagsverpflegung in Kindergärten, Ganztagesbetreuungseinrichtungen und Schulen“ empfiehlt das bisherige System der Firma Gourmet vorerst beizubehalten. Ab Beginn des Schuljahres 2011/2012 ist für die Dauer dieses Schuljahres an 2 bis 3 Standorten das Essen der Cateringfirma Vivanti zu testen, um die Qualität, Nachhaltigkeit und die logistische Abwicklung über einen längeren Zeitraum beobachten zu können. Die Evaluierung der Testphase durch die Arbeitsgruppe hat so zeitgerecht zu erfolgen, dass gegebenenfalls weitere Planungen für das Schuljahr 2012/2013 erfolgen können.**

**Weiters wird empfohlen, in der Vereinbarung mit der Firma Vivanti festzuhalten, dass auf die Einhaltung der Richtlinien für eine gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung geachtet wird und das entsprechende Gütesiegel (ÖGE) erworben wird.**

**Bei der Planung künftiger Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Schulen und Kindergärten sind die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Mittagsverpflegung zu berücksichtigen.**

STV Dr. Diem richtet an Stadtdirektor Dr. Suitner die Frage, ob die Vertraulichkeit eines Ausschusses nicht mehr gelte, weil in einer öffentlichen Diskussion ein Mitglied eines Ausschusses plötzlich berichte, was diese oder jene Person im Wirtschaftsausschuss gesagt habe. Er halte das für einen groben Verstoß.

Dr. Suitner erklärt, die Vertraulichkeit sei im Gemeindegesetz geregelt und beziehe sich auf die Beratungen und Beschlussfassungen in nicht öffentlichen Sitzungen. Bei der Beratung gehe es auch um einzelne Wortmeldungen. Er sei seit 20 Jahren in dieser Funktion und habe es schon in vielen Stadtvertretungssitzungen erlebt, dass aus Ausschusssitzungen berichtet werde. Manchmal mit Namen, manchmal ohne Namen. Wenn nach der Zulässigkeit solcher Beiträge oder nach einer Richtlinie gefragt werde, müsse er in jedem Fall auf das Gemeindegesetz verweisen.

STV MMag. König möchte zur Erläuterung noch beifügen, dass es überhaupt nicht Gegenstand des Wirtschaftsausschusses gewesen sei, sich mit Mc Donalds zu befassen. Es sei dort ganz allgemein darüber gesprochen worden. Es sei weder eine Beschlussfassung dazu erfolgt, noch habe es eine entsprechende Debatte über dieses Thema gegeben. Die Abwanderung einer Firma dieser Stadt sei letztlich von der Stadt nicht zu beeinflussen und hätte in einem Ausschuss mit keiner Legitimation behandelt werden können.

STV Dr. Diem weist darauf hin, dass für ihn die Vertraulichkeit in den Ausschüssen den Sinn habe, dass man dort Dinge offen besprechen könne. Und dass man dann nicht in der Öffentlichkeit erfahren müsse, dieser oder jene habe das gesagt. Und das sei genau jetzt der Punkt, um irgendjemandem plötzlich etwas vorwerfen zu können. Aus diesem Ausschuss zu zitieren, finde er einfach infam. Die Absicht, die hinter dieser Vertraulichkeit stehe, sei grob verletzt worden. Manchmal sei es auch wirklich schwierig, sich an die Vertraulichkeit zu halten. Aber er glaube, im Großen und Ganzen versuche das jeder. Aber die Art und Weise, nur um jemandem in einer Stadtvertretungsdiskussion, in einer öffentlichen Diskussion etwas an den Kopf werfen zu können, plötzlich zu sagen: „Du hast im Ausschuss gesagt...“, in einer offenen Atmosphäre, daraus zu zitieren, genau das widerspreche dem, was die Vertraulichkeit des Ausschusses bedeute. Die geschützte Atmosphäre, offen über Dinge beraten zu können, die werde durch solche Meldungen verletzt.

#### 14. Änderung des Flächenwidmungsplanes

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- a) Entwurf der Verordnung zur Änderung des Flächenwidmungsplans: Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes vom 07.06.1977 idgF dahingehend, dass gemäß Planbeilage „Flächenwidmung Neu“ vom 10.06.2011, M1:2.000 eine Teilfläche der GST-NR 602/7, KG Tisis im Ausmaß von 290 m<sup>2</sup> von Bauerwartungsgebiet für Baufläche – Wohngebiet in Baufläche – Wohngebiet umgewidmet wird.**

Bürgermeister Mag. Berchtold erläutert zu Punkt 14 b), dass dieser Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes und Teilflächen verschiedener Grundstücke im Bereich Margarethenkapf/Tschitscherschlössle im Planungsausschuss beraten und dort auch einstimmig zur Beschlussfassung an die Stadtvertretung empfohlen worden sei, unter einer Bedingung, dass die Stellungnahme der Umweltbehörde des Landes Vorarlberg vorliege. Diese Stellungnahme sei aufgrund fehlender Detail-Stellungnahmen noch nicht eingelangt. Im Interesse einer bürgerfreundlichen und schnellen Entscheidung rege er jedoch an, in dieser an sich unproblematischen Frage einen Beschluss zu fassen mit der Bedingung, dass die noch ausständige Stellungnahme der Umweltbehörde positiv ausfallen müsse.

STR Thalhammer stellt fest, dass marte.marte Kritikpunkte am Projekt wohlwollend in die Planungen aufgenommen hätten. Auch habe sich gezeigt, dass marte.marte bei Bäumen und Parkplätzen im Sinne der Stadt plane, sodass das von Bürgermeister Berchtold vorgeschlagene Vorgehen für sie denkbar sei.

STV Dr. Mesic spricht sich seitens der SPÖ für die Beschlussfassung aus, unter der Bedingung, dass die Entscheidung notfalls revidiert werden könne.

STV Ing. Dingler erklärt, dass auch die FPÖ einer Weiterbearbeitung zustimme.

STVE Rietzler erkundigt sich, ob Wanderwege durch das Grundstück führen oder es bedeutende Dienstbarkeiten gäbe. Beides wird von Bürgermeister Berchtold verneint.

Die Stadtvertretung fasst unter der Bedingung, dass eine positive Stellungnahme der Umweltbehörde abgegeben wird, einstimmig folgenden Beschluss:

- b) Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes vom 07.06.1977 idgF dahingehend, dass gemäß Planbeilage „Flächenwidmung Neu“ vom 16.05.2011, M1:2.000**
- **die Liegenschaften GST-NR .407, .408, 624, 625/2, 626/2, KG Feldkirch von Freifläche – Freihaltegebiet in Freifläche - Sondergebiet (Architektur-Atelier),**

- eine Teilfläche der Liegenschaft GST-NR 869, KG Tosters im Ausmaß von ca. 325 m<sup>2</sup> von Freifläche – Freihaltegebiet (Ersichtlichmachung Wald) und Freifläche Sondergebiet (Stellplatz), und
- eine Teilfläche der Liegenschaft GST-NR 1459/4, KG Tosters im Ausmaß von ca. 105 m<sup>2</sup> Verkehrsfläche – Gemeindestraße in Freifläche Sondergebiet (Stellplatz) umgewidmet werden.

15. Auflassung als Gemeindestraße – Verordnung gem. § 9 StrG

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst unter der Bedingung, dass eine positive Stellungnahme der Umweltbehörde bezüglich der Umwidmung im Bereich Margarethenkapf/ Tschitscherschlössle abgegeben wird, einstimmig folgenden Beschluss:

**Verordnung  
der Stadtvertretung vom 28.06.2011  
Auflassung eines Straßenstückes als Gemeindestraße in der Illstraße.**

**Auf Grund § 9 Abs. 7 Straßengesetz, LGBl. Nr. 8/1969 idF 36/2009, wird verordnet:**

**§ 1**

**Eine Teilfläche von 105 m<sup>2</sup> der Illstraße, GST-NR 1459/4, KG Tosters, wird wie in der Planbeilage vom 10.06.2011 (Amt der Stadt Feldkirch Plan Nr. To\_23/11) als „Trennfläche 1“ ausgewiesen, als Gemeindestraße aufgelassen.**

**§ 2**

**Diese Verordnung tritt mit dem auf ihre Kundmachung folgenden Tag in Kraft.**

16. Grundstücksangelegenheit

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadt Feldkirch erwirbt von Viktor Gruber, geb. am 19.10.1940 und Maria Gruber, geb. am 24.7.1942, beide wohnhaft in 6800 Feldkirch, Wolf-Huberstraße 45, das GST-NR 865/3 im Ausmaß von 671 m<sup>2</sup> vorkommend in EZ 82 Grundbuch 92125 Tosters zum Pauschalpreis von € 120.780,- zu den im Vertragsentwurf vom 13.04.2011 festgehaltenen**

**Bedingungen. Im Übrigen gelten die im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch bei Verträgen dieser Art üblichen Bedingungen.**

17. Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung der Stadtvertretung vom 10.05.2011

Die Niederschrift wird genehmigt.

18. Allfälliges

STR Thalhammer nimmt Bezug auf einen Antrag zur Jugendarbeit in der März-Sitzung der Stadtvertretung sowie eine Beratung im Jugendausschuss und möchte wissen, was zu diesem Thema geplant sei.

Vizebürgermeisterin Burtscher bestätigt, dass der Jugendausschuss beraten habe und es bereits einen Fahrplan und Maßnahmen gäbe. Diese beinhalten u.a. den Mittagstisch und eine stärkere Vernetzung von Jugendservice, Offener Jugendarbeit und Stadtpolizei. Für Akutfälle brauche es ein Krisenteam, mit dem die genannten Akteure vernetzt eingreifen. Im Herbst werde im Jugendausschuss diese vernetzte Arbeit nochmals ausführlich präsentiert. Als zusätzliche Maßnahme sei ein Konzept der Jugenddialoge oder -gespräche vorgeschlagen worden, das an der Gesprächskultur und Toleranz zwischen Jugendlichen und Anrainern ansetze. Auch dieses Konzept werde im Herbst im Jugendausschuss präsentiert. Polizeikommandant Peter Lins habe festgestellt, dass die Situation insgesamt nicht dramatischer als in den vergangenen Jahren sei, dass es jedoch einzelne „hot spots“ gäbe. In einem Abstimmungsgespräch der Akteure mit Bürgermeister Berchtold sei vereinbart worden, diese Punkte verstärkt zu beobachten und bis zum 2. September die gesetzten Maßnahmen zu evaluieren. Dies solle dann Grundlage sein, um über weitere Maßnahmen zu diskutieren.

STV Scharf möchte wissen, ob die 19 Jahre alte Lehrküche wieder in den sanierten Schulkomplex in der Oberau eingebaut werde. Lehrpersonen und Elternvertreter seien nicht glücklich mit dieser Lösung. Leider sei die diesbezügliche Kommunikation zwischen Schule und ÖVP abgebrochen. Es sei im öffentlichen Interesse, diese Frage schnell zu klären, weil die Ausschreibung der ursprünglich gewünschten Planung vergabereif und Verzögerungen mit Mehraufwand und Mehrkosten verbunden seien.

STR Matt betont, dass er es bei einer Investitionssumme von 91.000 Euro für eine Schul-Lehrküche als seine Verantwortung sehe, sich genau anzuschauen, was eine neue Küche besser könne, als die vorhandene, 19 Jahre alte Küche. Dabei halte er fest, dass die Geräte der Küche jüngeren Datums, weil bereits ausgetauscht, seien. Er habe sich die Küche gemeinsam mit einem Koch, der die Internatsküche in Schloss Hofen leite und selber Köche ausbilde, angesehen. Dieser habe mit Ausnahme der Geräte keine anderen Standards feststellen können. Er habe weiters durch einen Sachverständigen prüfen lassen, ob eine Reperatur der Küche vertretbar sei. All dies werde er in die Baukommission einbringen, die dann eine Entscheidung zu treffen habe. In diesem Zusammenhang stellt STR Matt richtig, dass es nicht stimme, dass die DirektorInnen nicht in die Baukommission ein-

geladen worden wären. Vielmehr habe es eine Zwischenkommission gegeben, von deren Beratung er selbst den DirektorInnen berichtet habe.

STR Matt betont, dass er es für unverzichtbar halte, genau zu überlegen, ob eine qualitativ hochwertige Schul-Lehrküche nicht auch mit weniger Geld realisiert werden könne. Zeitdruck in der Umsetzung gäbe es keinen, nachdem die Angebote vorliegen und eine Vergabe auch erst in einem Monat möglich sei.

STV Dr. Mesic erklärt, dass er aufgrund der Bedeutung des Themas, eine Anfrage stelle, auch wenn diese sich in weiten Teilen mit den Fragen der Grünen decke.

Anfrage gemäß § 38 Abs. 4 GG:

1. Ist es richtig, dass die alte Küche, die ergänzt und repariert werden muss und deren Geräte erneuert werden müssen, wieder eingebaut werden soll?
2. Aus welchem Grund wurde vom Plan, eine neue, zeitgemäße Lehrküche einzubauen, abgegangen?
3. Glauben Sie nicht, dass neue, funktionstüchtige und behindertengerechte Einrichtungen und Geräte für einen nachhaltigen Unterricht unabdingbar sind und eine sinnvolle Investition in die Jugend und deren Ausbildung bedeutet?

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, dass ein Teil dieser Anfrage bereits mündlich beantwortet worden sei. Die endgültige Erledigung stehe noch aus - was die Anfrage aber auch die Entscheidung in dieser Sache betreffe.

STV Scharf betont, dass sie nicht verstehe, wieso der Sparstift genau bei der Schuleinrichtung und damit bei den Kindern angesetzt werde. Alle Lehrer und alle Elternvertreter seien gegen dieses Vorhaben. Was die Sitzung der Baukommission betreffe, sei die Direktion wohl eingeladen gewesen, der Tagesordnungspunkt Schulküche jedoch vertagt worden.

STV Allgäuer erklärt, dass er es für legitim halte, dass ein Finanzstadtrat das Vermögen der Stadt im Auge behalte. Dann müssten jedoch ebenso Überlegungen angestellt werden, im neuen Montforthaus bestehende Infrastruktur einzubauen.

STV Himmer zeigt sich erstaunt über die Aussage von STV Scharf, dass die Kommunikation zwischen Schule und ÖVP abgebrochen sei. Er könne dies nicht nachvollziehen.

STR Matt stellt klar, dass die Kommunikation nicht abgebrochen sei, sondern lediglich Dinge hinterfragt werden. Das Argument, in eine neue Schule gehöre eine neue Schulküche, greife zu kurz. Angesichts des Rechnungsabschlusses und der Einsparungsbemühungen in den Abteilungen der Stadt könne er nicht ohne weiteres auf Sonder- und exklusive Designerwünsche eingehen. Es müsse legitim sein, Dinge in Frage zu stellen.

STV Scharf gibt STR Matt Recht, dass es unsinnig sei, Teile einfach wegzuwerfen. Eine Verwendung in der Schulküche könne sie nicht empfehlen, schlage aber gleichzeitig vor, Teile der Küche für das Turnhallenbuffet zu nutzen.

STR Matt betont, dass das, was für die Vereine gut sei, auch für die Kinder zum Kochen ausreiche. Nur wenn dies nicht der Fall wäre, sei für ihn eine Neuanschaffung zu rechtfertigen.

STV Dr. Baschny nimmt Bezug auf die Poststellenschließungen und bringt ihre Sorge zum Ausdruck, dass die Postfilialen in Gisingen, Tisis und Tosters künftig nicht mehr den vollen Service erbringen würden. Zudem könne die Qualität der Dienstleistungen ausgebildeter Postbeamter und Angestellter mit Mitarbeitern eines Sozial- bzw. Langzeitarbeitslosenprojekts nicht gehalten werden. Die volle Palette der Postdienstleistungen werde sich künftig auf die Innenstadt und das Hauptpostamt am Bahnhof konzentrieren. Massiv betroffen seien dabei PSK-Agenden sowie RSA- und RSB-Briefe. Auch ob Postzustellungen vom Landeskrankenhaus, zu denen sensible Laborbefunde zählen, durch das Langzeitarbeitslosenprojekt abgewickelt werden können, bezweifle sie. § 7 des Postmarktgesetzes beinhalte, dass der Universalpostdienstleister mit dem Bürgermeister der jeweiligen Stadt bei Schließungen in Verhandlungen zu treten habe. Dr. Baschny möchte wissen, was diesbezüglich in Feldkirch geschehen sei und wie Bürgermeister Mag. Berchtold zu den von ihr angeführten Punkten stehe.

Anfrage gemäß § 38 Abs. 4 GG:

1. Aus welchem Grund haben Sie eineinhalb Monate zugewartet und jegliche Kontaktaufnahme mit der betroffenen Bevölkerung missen lassen?
2. Denken Sie, dass eine demokratische Willensbildung, wenn es um Postamtsschließungen geht, entbehrlich ist?
3. Denken Sie überhaupt, dass die Meinung der Bevölkerung zu dem Thema irrelevant ist?
4. Haben Sie in Ihren Verhandlungen mit dem Universaldienst, mit beiden, haben Sie da die Postamtschließungen hinterfragt oder sie zu verhindern versucht? Wenn ja, auf welche Art und Weise? Wie war Ihre Stellungnahme dazu?
5. Ist es richtig, dass in Zukunft alle FeldkircherInnen zum Hauptpostamt am Bahnhof oder zum Postamt Innenstadt fahren müssen, wenn sie ein Post-Bankgeschäft durchführen wollen oder einen RSA- oder RSB-Brief abholen wollen?
6. Haben Sie den zusätzlichen Verkehr, der entstehen wird, in unserer ohnehin verkehrsgeplagten Stadt berücksichtigt?
7. An welche ökonomisch und praktisch vertretbare Lösung denken Sie für die vorher angeführte sensible Krankenhauspost?

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, dass er von der vom Gemeindegesetz vorgesehenen Form der schriftlichen Beantwortung Gebrauch machen werde.

STV Dr. Baschny sieht ein Problem darin, dass die Anfragebeantwortung schriftlich und damit wahrscheinlich erst nach der Sommerpause, im Herbst, ergehen werde, wenn die Sache vielleicht längst „gegessen“ sei.

STV Dr. Mesic möchte wissen, ob die in der öffentlichen Fragestunde eingebrachten Anliegen von Karl Barbisch bis zur Oktobersitzung bearbeitet werden und auf welche Weise dies erfolge.

Bürgermeister Mag. Berchtold weist auf die Problematik hin, dass Bürgeranliegen nicht immer 100%ige Berücksichtigung finden können, da unterschiedliche Interessen aufeinander treffen. Im Fall Barbisch seien Stadtpolizei und Stadt gemeinsam mit dem Betroffene



nen auf der Suche nach einer Kompromisslösung. Gegenseitige Rücksichtnahme sei notwendig, denn man wolle nicht auf die Gastgartenkultur oder attraktive Betriebe in der Innenstadt verzichten.

STVE Rietzler möchte wissen, wieso die Volksschule und der Kindergarten Oberau bereits während der Umbauphase bezogen worden seien und ob die Bauphase nicht hätte früher abgeschlossen werden können.

Vizebürgermeisterin Burtscher stellt fest, dass der Umzug vor den Ferien im Interesse der Kinder geplant und mit Lehrern und DirektorInnen so abgesprochen gewesen sei.

STVE Rietzler kritisiert, dass zu diesem Zeitpunkt Türen nicht verschließbar gewesen wären und stellt in Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, mit dem Umzug noch zuzuwarten.

Bürgermeister Mag. Berchtold empfiehlt allen Mitgliedern der Stadtvertretung, sich die Baustelle vor Ort anzuschauen. Jeder, der dies tue, werde größten Respekt haben von den planenden Baumeistern und den projektbeteiligten Firmen. Der Umbau bei laufendem Schul- und Kindergartenbetrieb sei eine Meisterleistung der Logistik und der Handwerkerqualität. Er wolle diese Qualität und vor allem auch die richtungsweisende Ausrichtung dieses Projektes für die Bildung in Feldkirch unterstreichen und allen danken, die für die Qualität und die Umsetzung des Projektes verantwortlich zeichnen.

STVE Rietzler will wissen, ob es bereits einen Ersatz für die derzeitige Skateanlage bzw. eine Ausweichmöglichkeit gäbe.

Vizebürgermeisterin Burtscher erläutert, dass derzeit einige Standorte in Prüfung seien und versucht werde, bis zum Beginn der Sommerferien einen Ersatz anzubieten.

Bürgermeister Berchtold gratuliert jenen Stadtvertretungsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung ihren Geburtstag feiern konnten. Er wünscht allen Mitgliedern der Stadtvertretung eine erholsame Sommerpause und lädt zum gemeinsamen Hock in den Rösslepark.

Die Schriftführerin

Der Vorsitzende